2. Gemessen an diesen Maßstäben besteht die Besorgnis einer Befangenheit entsprechend der in der Selbstablehnung aufgeführten bzw. in Bezug genommenen Gründe. Die enge Zusammenarbeit der Richter in einem Kollegialgericht führt regelmäßig zu einer persönlichen Beziehung, die ihre Unbefangenheit in Frage stellt, wenn einer von ihnen selbst als Partei am Rechtsstreit beteiligt ist. Dieses kollegiale Näheverhältnis besteht auch zwischen den Vorsitzenden der arbeitsgerichtlichen Kammern und den ehrenamtlichen Richtern. Dabei ist unerheblich, ob Berufs- und ehrenamtliche Richter mehr oder weniger häufig zusammengearbeitet haben oder zwischen ihnen ein mehr oder weniger enger Kontakt besteht. Entscheidend ist die Zugehörigkeit zu demselben Spruchkörper und die daraus erwachsene beiderseitige Aufgabe der offenen und vertrauensvollen Zusammenarbeit in der Vergangenheit und auch für die Zukunft.

Bei einem Gericht, das lediglich mit zwei Kammern besetzt ist, kann auch dann von einem besonderen Näheverhältnis ausgegangen werden, wenn die ehrenamtlichen Richter keiner festen Kammer zugeordnet sind. Auch bei zwei Kammern ist es möglich, dass zufällig stets eine Ladung zur selben Kammer erfolgt. Die Besorgnis, dass ein solches Näheverhältnis zumindest unbewusste Solidarisierungseffekte auslösen und die Behandlung und Entscheidung der Sache beeinflussen könnte, ist als objektiver und vernünftiger Grund für eine Ablehnung anzuerkennen. Vorliegend kann zumindest der Anschein erweckt werden, dass die Stellung des C. als ehrenamtlicher Richter in die erforderliche Abwägung bei der Entscheidung mit einbezogen werden kann. Aus diesem Grund ist die Selbstanzeige begründet. Der Gesetzgeber hat eine ähnliche Problematik bei Prozessvertretern, die zeitgleich ehrenamtliche Richter bei den Arbeitsgerichten sein können, gesehen und geregelt, dass sie in der Regel nicht als Bevollmächtigte vor dem Spruchkörper eines Gerichts auftreten dürfen, dem sie angehören (§ 11 Abs. 5 Satz 2 ArbGG). Dass der Gesetzgeber eine vergleichbare Regelung für ehrenamtliche Richter, die Partei eines Verfahrens sind, nicht getroffen hat, heißt nicht, dass eine vergleichbare Interessenlage nicht besteht. Damit war der Vorsitzende der 3. Kammer gehindert, über die Besorgnis der Befangenheit des Vorsitzenden der 1. Kammer zu entscheiden. Der Vorsitzende der 1. Kammer ist aus denselben Erwägungen wegen der Besorgnis der Befangenheit an der Ausübung des Richteramtes verhindert.

Link zum Volltext der Entscheidung

<https://voris.wolterskluwer-online.de/browse/document/03b1236e-6af4-4f52-8a55-69e788bfe463>

[Abruf: 20.12.2024]

II. Sozialgerichtsbarkeit

Thüringer LSG: Amtsentbindung aus Gründen der Inkompatibilität

Abgeordnete und Regierungsmitglieder sind nach dem Sozialgerichtsgesetz nicht ausdrücklich vom Amt eines ehrenamtlichen Richters ausgeschlossen. Trotzdem widerspricht eine Amtsausübung dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Gewaltenteilung. (Leitsatz d. Red.)

Thüringer LSG, Beschluss vom 15.11.2024 – L 3 SF 626/24

Sachverhalt: Die ehrenamtliche Richterin H beim LSG wurde am 1.9.2024 in den Thüringer Landtag gewählt. Daher ist sie nach §§ 35, 22 Abs. 1 Satz 3 und § 17 SGG vom Amt zu entbinden.

Gründe: Es liegt ein Ausschließungsgrund entsprechend § 17 SGG vor. Zwar sind Abgeordnete und Regierungsmitglieder im SGG – anders als in der Verwaltungsgerichtsordnung (§ 22 Nr. 1 VwGO) und der Finanzgerichtsordnung (§ 19 Nr. 1 FGO) – nicht ausdrücklich von der Wahrnehmung des Amtes eines ehrenamtlichen Richters ausgeschlossen. Nach allgemeiner Ansicht können sie gleichwohl nicht ehrenamtliche Richter am SG sein, weil dies dem Grundsatz der Gewaltenteilung widerspräche. Der in § 22 VwGO enthaltene Grundgedanke ist hinsichtlich eines Abgeordneten auf das sozialgerichtliche Verfahren ohne Weiteres übertragbar. § 22 VwGO enthält eine Regel zur Durchsetzung des Gewaltenteilungsprinzips. Eine Ausprägung dieses Prinzips ist die personelle Gewaltenteilung, die sog. Inkompatibilität. Sie ist zwar im Grundgesetz nicht lückenlos durchgehalten. Die rechtsprechende Gewalt unterliegt jedoch einer stärkeren Abschirmung gegenüber den anderen Gewalten. Die Notwendigkeit, die Rechtsprechung durch „besondere“ Organe des Staates auszuüben, verbietet eine personelle Verflechtung zwischen der Gerichtsbarkeit und den anderen Staatsgewalten. Es gilt der Grundsatz der personellen Trennung zwischen den Gewalten. Die richterliche Neutralität darf nicht durch eine mit diesem Grundsatz unvereinbare persönliche Verbindung zwischen Ämtern der Rechtspflege und der Verwaltung oder der Gesetzgebung in Frage gestellt werden. Auf einfachgesetzlicher Ebene ist der Grundsatz der personellen Trennung zwischen den Gewalten für Berufsrichter durch die umfassende Inkompatibilitätsvorschrift des § 4 Abs. 1 DRiG verwirklicht. Danach darf ein Richter nicht zugleich Aufgaben der rechtsprechenden Gewalt und solche der gesetzgebenden oder der vollziehenden Gewalt wahrnehmen. Grund hierfür ist die besondere Stellung der rechtsprechenden Gewalt, die berufen ist, die beiden anderen Staatsgewalten zu kontrollieren. Da die ehrenamtlichen Richter in der Sozialgerichtsbarkeit an der Ausübung der Rechtsprechung teilhaben, ist die entspre-

chende Anwendung des § 4 Abs. 1 DRiG hinsichtlich der Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften geboten.

Link zum Volltext der Entscheidung

<https://landesrecht.thueringen.de/perma?d=NJRE001592265>

[Abruf: 20.12.2024]

SG Leipzig: Amtsentbindung wegen Übernahme in den Justizdienst

Die ehrenamtliche Richterin A. wird auf ihren Antrag nach § 18 Abs. 1 Nr. 5 i. V. m. Abs. 3 Satz 1 SGG aus dem Amt entlassen. Sie hat mit Schreiben des Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung vom 18.6.2024 glaubhaft gemacht, dass sie als Staatsanwältin in den Justizdienst des Freistaates Sachsen übernommen wird. Eine berufliche Tätigkeit als Staatsanwältin, zumal an einem anderen Ort als dem Gerichtsort, erschwert die Ausübung des Amtes als ehrenamtliche Richterin an einem SG in besonderem Maße, sodass ein Grund gegeben ist, der die Entlassung auf eigenen Antrag nach § 18 Abs. 1 Nr. 5 i. V. m. Abs. 3 Satz 1 SGG rechtfertigt.

SG Leipzig, Beschluss vom 3.7.2024 – S 17 SF 43/24 ERI

III. Strafgerichtsbarkeit

BGH:

Ablehnung eines Schöffen wegen Besorgnis der Befangenheit

Zeigt ein Schöffe einen möglichen Befangenheitsgrund an, muss die Verhandlung nicht bis zur Entscheidung über die Ablehnung unterbrochen werden. Der absolute Revisionsgrund der Mitwirkung eines befangenen Richters (§ 338 Nr. 3 StPO) setzt ein Ablehnungsgesuch voraus. (Leitsatz d. Red.)

BGH, Beschluss vom 26.9.2023 – 5 StR 164/22

Sachverhalt: An mehreren Hauptverhandlungstagen fiel ein Schöffe wegen geschlossener Augen auf, versicherte jedoch, dass er der Verhandlung gefolgt sei. Erst vor dem achten Verhandlungstag räumte er ein, evtl. doch nicht alles mitbekommen zu haben. Ein Medikament mache ihn schläfrig. Der Vorsitzende informierte die Verfahrensbeteiligten zwei Tage später und stellte anheim, den Schöffen abzulehnen, was aber nicht geschah. Nach weiteren elf Tagen setzte das Gericht den Schöffen ab, eine Ergänzungsschöffin trat ein. Nach Verurteilung begründete der Angeklagte die Revision mit der Verletzung der Wartepflicht beim Ausschluss des schläfrigen Schöffen (§ 29 Abs. 1 StPO) sowie den Entzug des gesetzlichen

Richters (Art. 101 GG) durch die Ergänzungsschöffin. Der Senat wies die Revision hinsichtlich der Wartepflicht als unbegründet und die Rüge des Entzugs des gesetzlichen Richters als unzulässig zurück.

Gründe: Eine bloße Selbstanzeige (§ 30 StPO) löst keine Wartepflicht aus. Diese trifft nur den abgelehnten Richter. Ein Antrag auf Ablehnung ist trotz des Hinweises nicht gestellt worden. Die Unterscheidung zwischen den *absoluten* Ausschlussgründen (§§ 22, 23, 148a Abs. 2 Satz 1 StPO), die auch ohne Antrag zum Ausschluss des betroffenen Richters führen, und den Gründen, über die auf Antrag entschieden wird (§ 24 Abs. 2 StPO), wäre überflüssig, wenn ein abgelehnter Richter schon vor der Entscheidung über den Ausschluss kein gesetzlicher Richter mehr wäre. Der absolute Revisionsgrund der Mitwirkung eines befangenen Richters (§ 338 Nr. 3 StPO) setzt eine Ablehnung voraus. Die Entscheidung über eine bloße Selbstanzeige ist der Prüfung der Revisionsinstanz entzogen.

Die Rüge des willkürlichen Austausches des Schöffen und Entzuges des gesetzlichen Richters ist unzulässig, weil sie im Widerspruch zur ersten Rüge steht. Man kann nicht mit der einen Rüge behaupten, der Schöffe sei befangen und auszutauschen und mit der nächsten Rüge, er sei nicht befangen und nicht auszutauschen gewesen. Zudem ist in dem Verhalten des LG keine Willkür zu erkennen. Die Ablehnung des Schöffen hatte die Kammer mit für und gegen die Ablehnung sprechenden Umständen ausführlich dargelegt und nachvollziehbar begründet.

Link zum Volltext der Entscheidung

<https://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=en&sid=5acf475a422026c59f0220974a244f09&nr=134992&anz=1&pos=0>

[Abruf: 20.12.2024]

BGH:

Ablehnung einer Schöffin wegen Besorgnis der Befangenheit

Die Ablehnung einer Schöffin ist gerechtfertigt, wenn die Umstände Anlass zur Besorgnis geben, sie sei gegenüber dem zu würdigenden Sachverhalt oder den daran Beteiligten nicht unvoreingenommen. (Leitsatz der Red.)

BGH, Urteil vom 25.10.2023 – 2 StR 195/23

Sachverhalt: Die Schöffin J. teilte dem Vorsitzenden nach Verlesung der Anklage mit, der Angeklagte (A.) sei ehemaliger Partner ihrer „angeheirateten Nichte“, den sie auf Familienfeiern fünf- bis sechsmal getroffen und sich mit ihm unterhalten habe. Die Beziehung zwischen „Nichte“ und A. sei beendet, ihr letzter persönlicher Kontakt über drei Jahre her. Danach er-